



© Foto Kara Cygan

„Für den Atomausstieg und den Beschluss, sieben Anlagen sofort stillzulegen, genießt die Bundeskanzlerin meine allergrößte Hochachtung“:
Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (rechts) im Gespräch mit Dietrich Herold vom BWGV.

„Genossenschaften sind ein ideales Instrument zur Umsetzung der Energiewende“

Franz Untersteller, erster grüner Umweltminister Baden-Württembergs, will die Energiewende im Land massiv vorantreiben. Dafür sollen bis zum Jahr 2020 unter anderem mehr als 1.000 Windkraftanlagen aufgestellt werden. Eine große Rolle weist der Landespolitiker dabei den Genossenschaften zu. Für Untersteller sind sie ein ideales Instrument zur Umsetzung der Energiewende und ein Beispiel für „gelebte Demokratie“.

Herr Minister Untersteller, wie beurteilen Sie im Moment die Energiewende in Deutschland?

Jedenfalls nicht so schlecht, wie sie manchmal dargestellt wird, um es gleich zu sagen. Manches ist auf einem guten Weg. Nehmen Sie mal das Thema „Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien“. Die 25 Prozent, die wir heute im Bereich der Strom-

versorgung haben, hätte ich vor ein paar Jahren nicht für möglich gehalten. Es gibt aber auch Themen, bei denen wir schauen müssen, dass wir besser vorankommen. Stichwort: Infrastruktur. Wir müssen es schaffen, die aktuellen Stromnetze zu intelligenten Netzen umzubauen. Und auch die Fragen nach den Speicherkapazitäten und Speichertechnologien müssen beantwortet werden. Das sind die großen Aufgaben für die nächsten Jahre.

Was macht die Bundesregierung aus Ihrer Sicht energiepolitisch falsch?

Falsch ist beispielsweise, wenn ein Bundesumweltminister im Oktober ein Papier veröffentlicht, in dem er sagt: Bei Anpassungen des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) muss man alles sorgfältig und genau betrachten, das geht nicht im Hopp-lahopp, sondern erst nach der Bundestagswahl im September. Ich habe damals gesagt, Peter Altmaier hat Recht. Und im Januar macht er dann den Purzelbaum rückwärts und legt einen Vorschlag für eine „Strompreisbremse“ vor. Das ist falsch, und bei seinen Vorschlägen schaudert mir wirklich. Die sind so nicht umsetzbar.

Wo liegt das Problem?

Ganz einfach. Wie will man denn rechtfertigen, dass man denjenigen, die Anlagen auf den Dächern haben oder die in Windkraftanlagen investiert haben und die sich auf ein Gesetz berufen können, nachträglich in die Tasche greift? Für mich gilt in so einem Fall immer noch der Bestandsschutz. Zweitens, wer legt denn fest, wann derjenige, der neu investiert, künftig Geld kriegt und wann nicht. Dritter Punkt: Ich habe den Eindruck, dass Kollege Altmaier das entscheidende Thema offensichtlich noch gar nicht so richtig erkannt hat. Das entscheidende Thema ist nämlich nicht, dass die EEG-Umlage durch einen zu schnellen Ausbau der Erneuerbaren getrieben wird, sondern dass gleichzeitig der Börsenpreis sinkt. Selbst wenn wir heute nicht eine einzige Solaranlage zubauen würden, würde die EEG-Umlage deshalb steigen. Die Schere zwischen Börsenpreis und garantierter EEG-Vergütung geht immer weiter auseinander. Die Folge: Die EEG-Umlage steigt.

Ist der Altmaier-Vorstoß also nur der Bundestagswahl am 22. September geschuldet?

Ich würde schon sagen, dass da einiges unter Wahlkampf zu buchen ist, weniger unter sachgerechter Herangehensweise.

Gibt es auch sachgerechte Herangehensweisen der Bundesregierung? Macht sie aus Ihrer Sicht etwas richtig?

Sie macht durchaus einiges richtig, ja. Für den Atomausstieg im Frühjahr 2011 und den Beschluss, sieben Anlagen sofort stillzulegen, genießt die Bundeskanzlerin meine allergrößte Hochachtung. Denn so etwas umzusetzen, ist im politischen Geschäft nicht so einfach – gerade in der eigenen Partei. Und ich weiß, wovon ich rede. Auch mit dem Ziel, den Ausbau der Erneuerbaren bis zum Jahre 2050 auf ein Niveau von plus/minus 80 Prozent zu erhöhen, bin ich einverstanden. Womit ich nicht einverstanden bin, ist das, was in den vergangenen Monaten in Teilen der Union gemacht wird, nämlich die Energiewende nur noch unter Kostengesichtspunkten zu diskutieren und nicht mehr als ein Chancenthema.

Für wen bieten sich Chancen?

Für eine ganze Reihe von Akteuren. In einem Land wie Baden-Württemberg, wo sie sehr viele Technologieunternehmen haben, die von dem Thema Energieeffizienz leben, werden etliche profitieren, etwa Hersteller von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Wir haben heute in Baden-Württemberg allein im Bereich der Erneuerbaren 43.000 Arbeitsplätze. Da sind das Thema Energieeffizienz und die ganzen Forschungseinrichtungen noch gar nicht eingerechnet. Die profitieren alle davon. Aber auch die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und der Mittelstand werden in Zukunft profitieren – weil sie sich unabhängiger von Erdöl und anderen Energieträgern machen, deren Weltmarktpreise ja mehr und mehr steigen werden.

Warum ist dann die Stimmung in der Öffentlichkeit so negativ? Sind es die Medien?

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Spruch gilt „Bad news are good news“. Die Diskussion ist sehr stark medial getrieben – und es sind natürlich auch einige in dieser Debatte unterwegs, die interessengetrieben sind. Das muss man einfach sagen. Die Vertreter der alten Energiewelt sehen natürlich, dass die neue Energiewelt viel schneller kommt, als alle gedacht haben. Und wenn sie in der alten Energiewelt verhaftet sind, dann haben sie natürlich das Interesse, dass die Jahre, in denen ihre Investitionen sich rechnen, noch ein bisschen länger dauern. Und dann versuchen sie natürlich alles, um irgendwie zu bremsen. Das macht man über Themen, die emotionalisieren. Da zählt der Strompreis dazu und auch Horrorszenarien wie drohende Black-outs, abwandernde Industrien und Kostenexplosionen. Strompreissteigerungen haben wir nicht erst, seit Angela Merkel die Energiewende ausgerufen hat. Wir hatten zwischen 2002 und 2010 in Baden-Württemberg im Haushaltssektor Strompreissteigerungen von 45 Prozent. Wir werden auch zukünftig Preissteigerungen haben, aber wir haben keinen Hinweis darauf, dass diese stärker sind als in der Vergangenheit, sondern eher, dass sie schwächer ausfallen.

Muss man einkommensschwachen Haushalten einen Zuschuss zu den Stromkosten gewähren?

Um einkommensschwache Haushalte muss man sich natürlich kümmern, aber nicht, indem man energiepolitisch etwas macht, sondern mit sozialpolitischem Instrumentarium. Zum Strompreis insgesamt: Deutschlandweit ist es so, dass 43 Prozent der Haushalte im Standardtarif ihres Grundversorgers sind, 41 Prozent haben einen Sondertarif ihres örtlichen Grundversorgers. Gerade einmal 16 Prozent nehmen die Möglichkeiten des liberalisierten Marktes wahr, indem sie zu günstigsten Anbietern wechseln. Daraus kann man doch nur schließen, eigentlich drückt den Normalhaushalt – da meine ich ausdrücklich nicht die Haushalte am Existenzminimum – der Strompreis nicht in dem Maße, wie es medial erscheinen mag. Ich registriere aber auch die Zahlen, die jetzt sagen, dass die Zahl derer, die den Tarif wechseln, steigt, nachdem die EEG-Umlage angehoben worden ist.

Kommen wir auf die Situation in Baden-Württemberg zu sprechen. Wie zufrieden sind sie mit der Entwicklung der Windenergie?

Hier muss man sehen, in welcher Situation wir gestartet sind.

Im Frühjahr 2011 hatten wir die Ausgangslage, dass über Jahre, um nicht zu sagen über die letzten zwei Jahrzehnte, hinweg eine Politik gemacht wurde mit dem Ziel Windkraft zu verhindern. Darauf wurde alles ausgerichtet – auch die Gesetzgebung. Wir haben zeitig entschieden, dass wir damit Schluss machen wollen und dass wir die Chancen der Windenergie hier im Land nutzen möchten. Das neue Landesplanungsrecht greift seit wenigen Wochen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bereits dieses Jahr und erst recht im nächsten Jahr Erfolge sehen. Wir werden das durchaus ambitionierte Ziel, nämlich zehn Prozent Windenergie bis 2020, auch erreichen.

Wie sehen sie die Rolle unserer Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg? Es sind schon 120 mit gut 16.000 Mitgliedern.

Sie sind sehr wichtig. Es geht uns darum, dass privates Kapital mobilisiert wird, dass wir neue Akteure im Bereich Energie haben, nicht nur eine EnBW, nicht nur regionale Energieversorger und Stadtwerke. Ich sehe es als sehr positiv, dass sich auch Bürger an der Energiewende beteiligen. Energiegenossenschaften sind natürlich ein ideales Instrument dafür. Das ist gelebte Demokratie. Und was man nicht hoch genug einschätzen kann, ist, dass dadurch eine wesentlich höhere Akzeptanz gegenüber solchen Anlagen vorhanden ist. Ich bin natürlich eher bereit, ein Windrad zu akzeptieren, wenn ich weiß, das ist eine Anlage von meiner Nachbarschaft und mir, ich bin daran beteiligt, als wenn sie von irgendeiner anonymen Gesellschaft von weiß Gott woher betrieben wird. Und deshalb unterstützen wir Energiegenossenschaften von Anfang an. Wir haben auch einen Leitfaden zur Gründung herausgegeben und organisieren Veranstaltungen zu dem Thema. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Mich freut es, dass die Möglichkeit in diesem Ausmaß wahrgenommen wird. Und ich hoffe natürlich, dass in den nächsten Jahren noch einige Energiegenossenschaften mehr gegründet werden.

Wie finden Sie das Prinzip Genossenschaft über den Energiesektor hinaus? Ist das ein guter Weg?

Ich glaube, dass es ein sehr guter Weg ist. In der Bevölkerung hat die Rechtsform eine große Akzeptanz, eine Genossenschaft ist ja längst nichts Unbekanntes mehr. Man kennt es aus anderen Bereichen, aus dem Lebensmittelhandel, aus der Landwirtschaft auch aus dem Bankensektor. Man sieht, es ist ein bewährtes Instrument. Und ich glaube, das ist auch der Grund, warum jetzt neuerdings Energiegenossenschaften als neuer Mosaikstein in der Familie der Genossenschaften solchen Zulauf haben. Es hat nicht den experimentellen Charakter, wie das bei anderen Projekten der Fall ist, sondern man greift auf ein bewährtes Instrument zurück, das funktioniert. Das weiß man. Und man weiß auch, dass das angelegte Geld bei Genossenschaften in guten Händen ist.

Wie beurteilen Sie die ersten beiden Jahre der grün-roten Landesregierung?

Positiv. Ich denke, wir haben eine Reihe von Themen auf den Weg gebracht, und vor allem haben wir mit Winfried Kretschmann einen Ministerpräsidenten an der Spitze, der ein hohes Ansehen genießt. Wir können insgesamt nicht sehr viel verkehrt gemacht haben. Man wird in Stuttgart nicht Oberbürger-

meister mit einem grünen Parteibuch gegen einen Trend, sondern nur, wenn man Rückenwind aus dem Land hat – ohne Fritz Kuhns eigene Leistung schmälern zu wollen.

Die einen freut's, die anderen nicht.

Die Demokratie lebt vom Wechsel, und ich finde, Baden-Württemberg hat lange genug gebraucht, das zu erkennen und dann zu wagen. 58 Jahre. Klar, wenn eine neue Regierung kommt, dann hat sie erst einmal Anlaufschwierigkeiten, aber unterm Strich, wenn ich heute nach knapp zwei Jahren darauf schaue, kann man stolz darauf sein, was wir in dieser Zeit bewegt haben, was wir auf den Weg gebracht haben. Wir haben im Moment fünf Gesetzgebungsvorhaben in der Mache, die wir alle in diesem Jahr in den Landtag einbringen werden. Das fängt mit dem Klimaschutzgesetz an, geht dann über die Novelle des Wassergesetzes, dann kommt das Erneuerbare Wärmegesetz. Wir sind derzeit dabei, ein Landesumweltgesetz zu schreiben, in dem es unter anderem auch um Fragen von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geht.

Was wollen Sie bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode unbedingt geschafft haben?

Mir ist wichtig, dass wir das Ziel erreichen, dass Baden-Württemberg eine der führenden Klimaregionen der Welt wird, dass wir das Thema Erneuerbare voranbringen, möglichst auch mit einer breiten Akzeptanz der Bürgerschaft, und dass wir zeigen, wir können Energiewende. Aber es gibt durchaus Themen jenseits der Energiewende. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass ich moderne, zukunftsgerichtete Industriepolitik mache – in dem Sinne, dass wir gemeinsam mit der Industrie Konzepte in Richtung Rohstoffeffizienz, Ressourceneffizienz, Materialeffizienz entwickeln. Ich will Baden-Württemberg noch stärker als Standort für Umwelttechnik positionieren. Wenn man sieht, dass viele europäische Länder in den kommenden Jahren gezwungen sind, sich an die europäischen Umweltstandards anzugleichen, dann gibt es riesige Märkte. Ich habe große Lust, dabei mitzuhelfen, dass baden-württembergische Unternehmen in diesen Märkten profitieren.

Sie brauchen also noch eine zweite Legislaturperiode, um alles zu realisieren?

Man plant nie nur für eine Legislaturperiode.

Wie wird Baden-Württemberg im Jahr 2035 aussehen – wenn Umweltminister a.D. Franz Untersteller im wohlverdienten Ruhestand ist?

Ich hoffe, dass wir bis dahin bei der Energiewende vieles auf den Weg gebracht haben. Energiewende ist keine Sache von wenigen Jahren, sondern es ist ein Prozess, der noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Aber ich hoffe, dass wir bis dahin die Erneuerbaren in Baden-Württemberg zu einer tragenden Säule gemacht haben, dass wir das Thema Energieeffizienz gerade im Gebäudesektor wesentlich stärker zum Tragen gebracht haben werden als heute. Ich hoffe, dass wir Baden-Württemberg zu einer Musterregion für Energieeffizienz, für die Energiewende und für Energieforschung entwickelt haben. Und ich hoffe, dass 2035 meine grüne Nachfolgerin grüne Politik weiterführen wird.

Das Gespräch führten Dietrich Herold und Thomas Hagenbucher. ■